

«An der Spitze der bundesnahen Betriebe fehlt oft das Know-how»

Mitte-Präsident Gerhard Pfister holt zum Rundumschlag gegen Post, SBB und SRG aus – selbst seine Parteikollegen verschont er nicht. **Interview: Simon Marti und Ladina Triaca**

NZZ am Sonntag: Herr Pfister, die Preise steigen, alle ächzen. Spüren Sie das als privilegiierter Parteipräsident überhaupt?

Wenn ich nur dort handeln würde, wo ich persönlich betroffen bin, wäre ich ein schlechter Politiker.

Wofür haben Sie kürzlich viel zu viel bezahlt?

Auf der Fahrt von Zug nach Bern trinke ich gerne einen Kaffee im Bahnhof Luzern. Dort stelle ich schon auch fest, dass der Preis in letzter Zeit merklich gestiegen ist.

Die Krankenkassenprämien steigen dieses Jahr massiv. Wann hört das endlich auf?

Das macht mir grosse Sorgen. Darum verlangt die Mitte seit Jahren, dass die Kosten im Gesundheitswesen und damit auch die Prämienbelastung sinken müssen.

Ihre Partei half vor einem Jahr im Ständerat mit, zusätzliche Milliarden für die Prämienverbilligungen zu verhindern. Ein Fehler?

Der Ständerat hat das inzwischen korrigiert, und eine Mehrheit der Mitte war und ist für eine Entlastung. Man kann nicht allen Ernstes der Meinung sein, dass es hier keinen Handlungsbedarf gibt.

Die Mitte plädiert für eine Kostenbremse im Gesundheitswesen. Sie glauben also, dass die Gesundheitskosten noch weiter steigen?

Die aktuelle Prämienrunde ist nur der Vorgeschmack auf das, was im nächsten Jahr kommt. Die finanzielle Situation im Gesundheitswesen ist aus den Fugen. Allein die Situation vieler Spitäler ist desaströs, sie schreiben teilweise unglaubliche Defizite.

Die SP fordert eine Einheitskasse. Ein grosser Teil der Bevölkerung, auch der Wählerinnen und Wähler der Mitte, sind gemäss einer «Watson»-Umfrage dafür. Wird die Idee mehrheitsfähig?

Ich habe Respekt vor einer solchen Initiative. Vielen Menschen ist der Geduldsfaden gerissen. Vor allem die Akteure im Gesundheitswesen sollten sich Sorgen machen. Sie können nicht länger alle Vorschläge aussitzen und sich gegenseitig blockieren.

Fühlen Sie sich mit Ihren Ideen auch ignoriert?

Nicht ignoriert, aber abqualifiziert, eigentlich von allen Seiten. Angefangen bei der Ärztevereinigung FMH über die Krankenkassen bis zu den kantonalen Gesundheitsdirektoren. Das könnte sich nun rächen.

Wie stehen Sie persönlich zur Einheitskasse?

Sie stellt eine berechtigte Frage: nämlich, ob in der obligatorischen Grundversicherung überhaupt Wettbewerb nötig ist. Aber es ist sehr offen, ob eine Einheitskasse nicht andere Nachteile mit sich bringt.

Der Berner SVP-Gesundheitsdirektor Pierre-Alain Schnegg plädiert dafür, die Prämien an das Einkommen zu koppeln. Warum können Sie damit nichts anfangen?

Ich bin mir da nicht mehr so sicher. Wenn ein SVP-Regie-



Gutgelaunt: Pfisters Mitte-Partei möchte bei den Wahlen die FDP überholen. (Zürich, 7. September 2023)

rungsrat das vorschlägt, zeigt das doch: Das System ist am Limit. Und es stimmt, eine reine Kopfprämie ist stossend für den Mittelstand, der keine Prämienverbilligungen bekommt. Dafür müssen wir eine Lösung finden.

Der Staat wird also stärker in diesen Markt eingreifen?

Ich habe das Gesundheitswesen noch nie als Markt begriffen. Alle führen sich wie kleine Unternehmer auf, profitieren aber von Steuergeldern, Zwangsabgaben und falschen Anreizen. Die obligatorische Grundversicherung ist eigentlich eine klassische Aufgabe des Service public. Und wie immer beim Service public sollte man sich regelmässig die Frage stellen: Organisieren wir diese Aufgabe immer noch richtig?

Sie möchten beim Service public grundsätzlich über die Bücher?

Bei den bundesnahen Betrieben, wie Post, SBB, Swisscom oder SRG, ist es dringend nötig. Die Doppelnatur dieser Betriebe ist problematisch. Sie nehmen sich das Beste aus beiden Welten: Mal gelten die Regeln eines klassischen Staatsbetriebs, mal, gerade beim Gehalt der «Manager», die Logik der Privatwirtschaft.

Die Spitzen der bundesnahen Betriebe verdienen zu viel?

Ich sehe einfach nicht ein, warum ein CEO eines Bundesbetriebs wesentlich mehr verdienen soll als ein Bundesrat. Das Argument ist immer der Markt, nur so bekomme man die Besten. Das stimmt nicht einmal in der Privatwirtschaft, wie der Fall der Credit Suisse zeigt. Warum also kopiert der Staat diese Logik?

Weil es darum ging, diese Betriebe effizienter zu machen.

Aber die Struktur geht nicht auf. Man macht eine AG und stellt einen CEO ein, aber der Bund ist und bleibt der Haupteigner. Was also ist der Mehrwert einer solchen Struktur? Die Post soll Gewinn machen. Aber geht das überhaupt, wenn sie ein dichtes Netz von Poststellen betreiben muss? Es wäre ehrlicher und besser, die Post müsste ihre Aufgabe im ganzen Land erledigen, und der Bund legte fest, wie viel er dafür auszugeben bereit ist.

Viele beneiden die Schweiz um ihren Service public.

Sicher. Aber schauen Sie sich um. Wir hatten den Postautoskandal. Im Kanton Luzern baut die Swisscom ein Glasfasernetz

Gerhard Pfister

Mitte-Präsident und Zuger Nationalrat

Gerhard Pfister, 60, übernahm 2016 das Präsidium der CVP, die unter seiner Führung 2020 mit der BDP zur Mitte fusionierte. Der Zuger sitzt seit bald zwanzig Jahren im Nationalrat. Pfister studierte in Freiburg, promovierte über den Schriftsteller Peter Handke und arbeitete als Lehrer für Philosophie und Deutsch. Er ist auch noch Präsident des Schweizer Casino-Verbandes und des Zementverbandes Cemsuisse. (msi.)

in Willisau, weil es dort rentiert. In einer anderen Region aber nicht. Das darf ein Privater gerne machen, aber sicher kein Unternehmen des Service public. Im öffentlichen Verkehr leisten sich die SBB mit dem Dosto-Zug eine gigantische Fehlinvestition und liefern sich einen absurden Bieterwettbewerb mit der BLS um gewisse Strecken. Was soll das?

Sie vergessen die Ruag, die in den Verantwortungsbereich Ihrer Bundesrätin fällt.

Die Ruag hat selbst gemerkt, dass sie gewisse Vorgänge untersuchen muss.

Warum greift der Bund als Eigner nicht durch?

Die Verantwortung ist nicht geklärt. Bei der Ruag sitzt der Bund nicht einmal mehr im Verwaltungsrat. Dabei ist doch klar: Ist der Steuerzahler der Besitzer, müssen seine Interessen genau dort auch vertreten sein.

Müsste der Bund seine Betriebe enger an sich binden?

Ja. Er muss klare Aufträge erteilen. Tut er das nicht, entsteht eine Situation wie bei der SRG. Natürlich hat sie einen gesellschaftlichen Auftrag, aber hat sie tatsächlich die Aufgabe, eine kostenlose Online-Zeitung zu produzieren und die privaten Verlage damit direkt zu konkurrieren? Ich denke nicht. Aber es geschieht einfach, unter dem Deckmantel einer unternehmerischen Freiheit, die ein gebührenfinanziertes Unternehmen sicher nicht für sich reklamieren kann.

In keiner Partei ist die SRG beliebter als in der Mitte, Verwaltungsratspräsident ist Ihr Parteikollege Jean-Michel Cina.

Ein wichtiger Punkt. Es stellt sich nämlich die Frage, ob die politische Unabhängigkeit des Service public gewährleistet ist, wenn immerzu Politiker der immergleichen Parteien an die Spitze der Unternehmen gestellt werden. Das müssten doch Branchenprofis sein, in diesem Fall mit Erfahrung in der Medienwelt.

Also ist es falsch, Politiker wie Cina, Christian Levrat bei der Post oder Edith Graf-Litscher bei den SBB in die Verwaltungsräte zu schicken?

Ich gönne allen diesen Kolleginnen und Kollegen ihre jeweiligen Mandate. Aber diese Unternehmen brauchen hochkompetente Leute in den Führungs-

organen, und genau dieses fachliche Know-how fehlt oft an der Spitze der bundesnahen Betriebe. Hier übernimmt man nur formal eine organisatorische Struktur aus der Privatwirtschaft. Denn an der Spitze von Unternehmen wird in der Regel darauf geachtet, dass die Mitglieder des Verwaltungsrats ihrem CEO fachlich gewachsen sind.

Sie sehen sich später also nicht bei der Post oder der SRG?

Ganz bestimmt nicht. Ich würde mich nicht genügend kompetent fühlen. Ich habe Erfahrung in der Politik, in der Bildung und der Führung von Verbänden. Aber um einen Medienkonzern oder die Post zu führen, brauchen Sie noch andere Voraussetzungen, als bloss Ex-Ständerat oder Ex-Nationalrätin zu sein.

Sprechen wir über die Wahlen. Gemäss dem SRG-Wahlbarometer könnten Sie die FDP überholen. Ist das eine gute Nachricht für Sie – oder eine Mobilisierungsbremse im dümmsten Moment?

Es ist eine Bestätigung, dass die Öffnung der Partei auf Zuspruch stösst. Nicht mehr und nicht weniger.

Falls der Freisinn hinter Sie rutscht, müsste er doch einen Bundesratsitz an die Grünen abgeben.

Dass der Freisinn übervertreten ist, ist heute schon klar. Die SP übrigens auch. Die Frage ist, an wen sie einen Sitz abtreten müssten. Wir haben stets gesagt: Vier Sitze rechts sind zu viel, aber drei Sitze links sind es ebenfalls.

Aber die Grünen pochen auf ihren Anspruch.

Wenn die Grünen bereit sind, ihren Sitzanspruch auch zulasten der SP einzulösen, diskutiere ich gerne mit ihnen über diese Möglichkeit.

Der Präsident der Grünen, Balthasar Glättli, deutet das ja an...

Es braucht mehr als Andeutungen. Stand heute gehe ich davon aus, dass die Grünen ihren Anspruch nur zulasten der FDP einlösen wollen.

SP-Ständerat Daniel Jositsch will Bundesrat werden. Ist er ein valabler Kandidat?

Valabel sicher. Den Rest muss er mit seiner Fraktion klären. Er pilgert im Moment ja jeden Tag nach Canossa. Die Frage ist, ob ihm die Sozialdemokraten verzeihen und ihn aufs Ticket setzen werden.

Als Ständerat des grössten Kantons bringt Daniel Jositsch einiges mit.

Natürlich. Aber wir sind ein föderalistisches Land, und auch der grosse Kanton Zürich muss akzeptieren, dass in anderen Kantonen ebenfalls kompetente Menschen leben.

Muss auf Alain Berset ein Mann folgen?

Nein, das Geschlecht spielte für mich noch nie eine Rolle. Wenn die SP-Fraktion zum Schluss kommt, sie habe zwei kompetente Frauen, dann werden wir eine dieser Frauen wählen. Wenn sie zwei kompetente Männer aufstellt, werden wir einen dieser Männer wählen.